

08.01.2007 - 11:30 Uhr

Kein Referendum gegen das Publica-Gesetz Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) verlangt Realloohnerhöhung und garantierten Kündigungsschutz

Bern (ots) -

In ihrer Urabstimmung haben sich die Mitglieder des Personalverbands des Bundes (PVB) gegen ein Referendum zum Publica-Gesetz entschieden. Diesem demokratischen Entscheid schliessen sich die zwei andern Verbände der Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) vpod und garaNto an. Er bedeutet aber keineswegs, dass das Bundespersonal mit dem gesetzlich verfügbaren Sozialabbau bei der Pensionskasse des Bundes (Publica) einverstanden ist.

Statt einen aufwändigen Abstimmungskampf zu führen, werden die VGB-Verbände nun alle gewerkschaftlichen Mittel für die Mobilisierung des Bundespersonals einsetzen. Der Arbeitgeber Bund muss wieder zu einer konstruktiven Personalpolitik zurückfinden. Das heisst, die VGB fordert entschieden die längst fällige Realloohnerhöhung. Das vom Bundesrat geplante neue Lohnsystem wird nur akzeptiert, wenn die Lohnsumme erhöht wird und keine Umverteilung von unten nach oben stattfindet. Entschieden verlangt die Verhandlungsgemeinschaft die Beibehaltung des geltenden Kündigungsschutzes. Bundesrat Merz muss sein Abbau-Vorhaben abrechnen.

Die VGB-Verbände werden für die Rechte und Bedürfnisse der Bundesangestellten am Arbeitsplatz gezielt mobilisieren. Das Personal des Bundes will sich nicht länger der politischen Willkür der Sparhysterie aussetzen. Allzu lange ist nur die Faust im Sack gemacht worden.

Auskunft:

Hans Müller, PVB und Präsident VGB, Tel. 079 406 93 38
Christof Jakob, vpod, Tel. 031 371 67 45 - 079 781 90 28
Giordano Schera, garaNto, Tel. 079 322 16 04

Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB)
Communauté de négociation du personnel de la Confédération (CNPC)

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100522450> abgerufen werden.